

Hannover, den 2. 11. 1983

## Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordnete  
Silkenbeumer,  
Scheibe,  
Kasimir  
(SPD)

### Personelle Verstärkung des Niedersächsischen Staatsorchesters

Im Jahre 1982 sind zwischen dem Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover die Beteiligungsverhältnisse in der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH neu geordnet worden.

Im § 3 des Vertrages wird folgendes ausgeführt:

„Die Landeshauptstadt Hannover erklärt ihr Einverständnis mit den Plänen der Niedersächsischen Landesregierung, das Niedersächsische Staatsorchester personell zu verstärken, um es in die Lage zu versetzen, künftig auch Konzerte außerhalb Hannovers zu geben. Hierbei sollen die einzelnen Landesteile gebührend berücksichtigt werden.

Die Kosten, die sich aus der zusätzlichen Konzerttätigkeit und der personellen Aufstockung des Niedersächsischen Staatsorchesters ergeben, werden allein vom Land Niedersachsen getragen.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche personelle Verstärkung des Staatsorchesters ist beabsichtigt, und wann werden die einzelnen Stellen besetzt?
2. Wieviel Haushaltsmittel sind ab 1. 1. 1984 und in den jeweils folgenden Jahren für die zusätzliche Konzerttätigkeit und für die personelle Aufstockung des Staatstheaters notwendig?
3. Hat das Land Niedersachsen die erforderlichen Haushaltsmittel 1984 vertragsgemäß zur Verfügung gestellt, und ist dies auch für die Folgejahre gesichert?

2. Abgeordnete  
Silkenbeumer,  
Schurreit,  
Radloff  
(SPD)

#### Neubau eines Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseums in Lüneburg

Am 15. 10. 1983 fand in Lüneburg die Grundsteinlegung für den Neubau eines Ostpreußischen Jagd- und Landesmuseums statt. Von den Neubaukosten in Höhe von insgesamt 5,2 Mio. DM übernimmt das Land 752 000 DM. Die erforderlichen 452 000 DM im Jahre 1984 gehen zu Lasten des Etats für staatliche und kommunale Museen, der 1984 im Vergleich zu 1983 schon eine Kürzung in Höhe von 1,2 Mio. DM verkraften soll.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum hält die Landesregierung es für sinnvoll, ein eigenständiges Ostpreußisches Landesmuseum zu gründen?
2. Ist gewährleistet, daß das bereits gesammelte Material für die Einrichtung eines eigenständigen und fachlich qualifiziert ausgestatteten Museums ausreicht?
3. Ist gewährleistet, daß die für 1983 vom Bund und Land bewilligten Mittel in Höhe von 850 000 DM verbaut werden können?

3. Abgeordnete  
Scheibe,  
Neese,  
(SPD)

#### Förderzins für Ölvorkommen in der Elbmündung

Zwischen den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist der Grenzverlauf im Elbmündungsgebiet umstritten. Diese Frage ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil geklärt werden muß, wem der Förderzins für in diesem Bereich gefördertes Erdöl zusteht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Dimensionen hat nach den Erkenntnissen der Landesregierung das Ölfeld in der Elbmündung, und welche Ausbeute wird erwartet?
2. Wann und in welcher Weise werden sich die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein im Grenzkonflikt um die Landesgrenze im Mündungsgebiet der Elbe auseinandersetzen?
3. Welche Bedeutung hat die Festlegung der Landesgrenze in der Elbmündung in bezug auf den Förderzins?

4. Abgeordneter  
Dr. Holtfort  
(SPD)

**Demokratieverständnis des stellvertretenden Ministerpräsidenten**

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat der Herr Stellvertreter des Ministerpräsidenten am 8. oder 9. Oktober d. J. in Wolfsburg im Zusammenhang mit der Friedensbewegung und Stellungnahmen evangelischer Geistlicher dazu die Pfarrer aufgefordert, in öffentlichen Erklärungen auf Kapitel 13 des Römerbriefes hinzuweisen: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott“?
2. Ist sie der Auffassung, daß dieser Satz des Römerbriefes auch noch angesichts der jüngeren deutschen Geschichte eine zutreffende Handlungsanleitung für Bürger oder für Mitglieder evangelischer Kirchengemeinden ist?
3. Welches Verständnis von moderner parlamentarischer Demokratie, von Volkssouveränität, von Obrigkeit und von Untertanen liegt der Äußerung zugrunde?

5. Abgeordneter  
Graeber  
(SPD)

**Harmonischer Übergang vom Kindergarten in die Grundschule**

In der Pressemitteilung vom 11. Mai 1979 (Nr. 77/79) teilte der Niedersächsische Kultusminister mit, daß nach einer Erprobungszeit Kindergärten und Schulen über ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit berichten sollten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wird ein solcher umfassender Bericht vorgelegt?
2. Wie wurde die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Kindergarten verwirklicht, und wie wurde die Einbeziehung der Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, gestaltet?
3. Wie werden gemeinsame Förderungsprogramme finanziell gefördert?

6. Abgeordnete  
Kirschner,  
Schmidt,  
Möhrmann,  
Wernstedt,  
Dr. Ahrens,  
Köneke  
(SPD)

**Mangelnde Koordinierung des Ausbildungssonderprogramms des Bundes mit den Maßnahmen der Länder**

Im August haben der Niedersächsische Ministerpräsident und der Kultusminister ein Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten („Ergänzungsschulen“) angekündigt. Anfang Oktober hat die Bundesregierung in offener Erkenntnis, daß das abgegebene Versprechen („Für alle ist eine Lehrstelle da“) nicht eingelöst worden ist und rund 100 000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, ein „einmaliges Sonderprogramm für Ausbildungsplatzbewerber“ vorgestellt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann und auf welche Weise wurde das Bundesprogramm mit den Ländern abgestimmt, oder haben die Länder eine Abstimmung nicht für notwendig erachtet?
2. Wie viele Ausbildungsmöglichkeiten werden durch das Landes- und das Bundesprogramm geschaffen, und in welcher Weise sind beide Programme aufeinander abgestimmt?
3. Ergeben sich für die an den Ausbildungsprogrammen teilnehmenden Jugendlichen unterschiedliche Konditionen hinsichtlich ihrer finanziellen Absicherung, ihrer beruflichen Qualifikation und ihrer beruflichen Aussichten?

7. Abgeordneter  
Rau  
(FDP)

**Anwesenheit des Ministerpräsidenten in der Gemarkung Springe**

Anlässlich eines Besuches in der Stadt Springe zeigten sich Vertreter der Stadt Springe darüber enttäuscht, daß der Ministerpräsident der Stadt noch keinen offiziellen Besuch gemacht habe, obwohl er sich seit 1976 sehr häufig in der Gemarkung Springe zur Jagd aufhalte.

Zu den zahlreichen durch das Land durchgeführten Jagd- und gesellschaftlichen Veranstaltungen in Springe seien Vertreter der Stadt Springe von Ministerpräsident Dr. Albrecht bisher nicht eingeladen worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Veranstaltungen wurden von ihr seit 1976 in der Gemarkung Springe durchgeführt, und wieviel geladene Gäste nahmen daran teil?

2. Trifft es zu, daß der Ministerpräsident der Stadt Springe noch keinen offiziellen Besuch abgestattet hat und auch Vertreter der Stadt zu Veranstaltungen der Landesregierung in Springe nicht eingeladen worden sind?
3. Was sind die Gründe für die mangelnde Kommunikation, und welche Absichten bestehen, das zu ändern?

8. Abgeordneter  
Fruck  
(Grüne)

#### **Geplantes Großkraftwerk in Drage/Laßrönne**

Drage/Laßrönne ist als Vorrangstandort für ein Großkraftwerk ausgewiesen. In der Antwort der Landesregierung (Drs 10/532) auf meine Kleine Anfrage vom 4. 11. 1982 teilte die Landesregierung mit, daß in dem seinerzeit durchgeführten Raumordnungsverfahren die Annahme eines Atomkraftwerkes zugrunde lag.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist sie jetzt bereit, den Vorrangstandort Drage/Laßrönne ersatzlos zu streichen?
2. Wenn nein, liegt ein Antrag für den Bau eines AKW oder ein anderes Großkraftwerk in Drage/Laßrönne vor?
3. Wann wurde dieser Antrag gestellt?

9. Abgeordneter  
Campen  
(Grüne)

#### **Einsatz von Luftkissenbooten im Wattenmeer**

Im Rahmen einer Pressekonferenz zur Erprobung des Einsatzes von Luftkissenbooten zwischen Emden und Borkum äußerte der Vorstand der AG-Ems-Reederei, Graf Spee, der (für die Genehmigung der Benutzung von Bundeswasserstraßen zuständige) Bundeswürde (den für den Naturschutz im Wattenmeer zuständigen Landwirtschaftsminister) Glup „nur anstandsweise“ vor Genehmigungserteilung anhören.

Ferner kündigte Graf Spee an, seine Luftkissenboote würden das Wattenmeer auch außerhalb des Fahrwassers befahren.

Der Landwirtschaftsminister hatte sich kürzlich gegen den Einsatz von Luftkissenbooten im Wattenmeer ausgesprochen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt sie die Ansicht, daß die Anhörung des Landwirtschaftsministeriums als oberste Landesnaturschutzbehörde durch den Bundesverkehrsminister in diesem Fall lediglich anstandshalber stattfand und damit die Anhörung von Landesnaturschutzbehörden bei Planungen der Wasser- und Schiff-

fahrtsverwaltung des Bundes, als reine Formsache angesehen wird?

2. Gedenkt die Landesregierung die im Landestaumordnungsprogramm für fast das gesamte niedersächsische Wattenmeer festgelegte Vorrangfunktion für Natur und Landschaft zukünftig auch gegenüber der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes durchzusetzen, z. B. indem sie mit der Vorrangfunktion nicht zu vereinbarende Planungen der Bundesbehörde unter Verweis auf § 5 Abs. 4 des Bundesraumordnungsgesetzes (ROG) ablehnt und gegen den gegebenenfalls erfolgenden Widerspruch der Bundesbehörde die Rechtsmittel ausschöpft?
3. Auf welchem anderen Weg gedenkt die Landesregierung die sich durch die Doppelfunktion des Wattenmeeres als Bundeswasserstraße und als Vorranggebiet für Natur und Landschaft sich ergebenden verschiedenen, sich teilweise gegenseitig ausschließenden Zielsetzungen im Sinne der Verwirklichung ihrer raumordnerischen Zielsetzungen abzustimmen?

10. Abgeordnete  
Graeber,  
Silkenbeumer  
(SPD)

#### Jagdschloß Nienover im Solling

Am 29. 10. 1979 — vor nunmehr vier Jahren — hat die Klosterkammer Hannover für das Land Niedersachsen das Jagdschloß Nienover zu einem Preis von 1,8 Mio. DM von einem hannoverschen Ölkauflmann erworben.

Am 14. 10. 1981 bat der Niedersächsische Minister der Finanzen um Einwilligung des Landtages zur Veräußerung des Schlosses, da es „nach vielfachen Verkaufsbemühungen“ gelungen sei, „einen Käufer für das Schloß Nienover zu finden“. In seiner Sitzung am 26. 11. 1981 stimmte der Landtag mit den Stimmen der CDU-Mehrheit dem Antrag zu, das Schloß für 1,4 Mio. DM an den amerikanischen Geschäftsmann Herrn Biedermann zu verkaufen. Der Verkauf kam jedoch nicht zustande.

Nach einer Werbekampagne in verschiedenen Zeitungen im Januar 1983 teilte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst in der Landtagssitzung am 16. 2. 1983 mit, „daß die Verkaufsverhandlungen in Kürze zum Abschluß gebracht werden können“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie oft und wann hat Sie in den vergangenen vier Jahren erklärt, daß die Verkaufsverhandlungen vor dem Abschluß stehen?

2. Welche Kosten sind dem Land Niedersachsen in der Kauf-/Verkaufssache seit Oktober bis heute entstanden, und zwar für
  - a) Klosterkammer Hannover (Raumpflegerin, Hausmeister etc.),
  - b) Einrichtungsgegenstände für Diensträume der Landesregierung und Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum,
  - c) Diebstahl in der Nacht vom 6. zum 7. November 1979,
  - d) Regreßansprüche an Herrn Biedermann,
  - e) Erhaltung der Bausubstanz, der Heizung und anderer Anlagen?
3. Gesteht sie das Scheitern ihrer Verkaufsbemühungen ein, und ist sie nunmehr bereit, für das Jagdschloß Nienover eine sinnvolle Nutzung zu suchen?